

Datenschutzhinweise nach Art. 13 EU- Datenschutz-Grundverordnung

Die Stadt Rauschenberg erhebt personenbezogene Daten bei der Antragsstellung der Kita An- und Abmeldungen sowie der An- und Abmeldungen der Grundschulbetreuung / erweiterten Grundschulbetreuung im Rahmen der Bestimmungen der DSGVO. Wir sind aufgrund von Artikel 13 DSGVO verpflichtet, Ihnen die nachfolgenden Informationen bereitzustellen:

Verantwortlicher:

Magistrat der Stadt Rauschenberg
Schloßstr. 1
35282 Rauschenberg
Telefon: 06425/9239-0
E-Mail: magistrat@rauschenberg.de

Unser Datenschutzbeauftragter ist:

gds – Gesellschaft für Datenschutz Mittelhessen mbH
Auf der Appeling 8
35043 Marburg-Cappel
E-Mail: datenschutz@gdsm.de
Tel.: 06421 804 1310

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Datenverarbeitung erfolgt im Rahmen der Anmeldungen und Abmeldungen bei dem Kindergarten Bracht in unserer Stadtverwaltung oder per PDF-Antragsformular auf unserer Webseite www.rauschenberg.de.

Kategorien der bereitzustellenden Daten

Es werden allgemeine personenbezogene Daten der betreuten Kinder, ihrer Eltern und/oder sonstigen Sorgeberechtigten sowie Abholberechtigten und Notfallpersonen, nämlich Name, Geburtsdatum, Nationalität, Kontaktadresse einschließlich elektronischer Kontaktmöglichkeit, Telefonnummer sowie Bankverbindung zum Zweck der Erfüllung aller für aus dem Betreuungsvertrag folgenden Verpflichtungen und dessen Durchführung verarbeitet.

Ferner werden Gesundheitsdaten der betreuten Kinder, nämlich deren Impfstatus, Daten zu durchlaufenden akuten und/oder chronischen Krankheiten einschließlich Allergien, Nahrungsunverträglichkeiten etc. verarbeitet. Hierfür werden personenbezogene Daten an zur Verschwiegenheit verpflichtete Mitarbeiter*innen der Stadt Rauschenberg übermittelt.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Rechtliche Grundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO (Durchführung des Betreuungsvertrags). Soweit Gesundheitsdaten der Kinder verarbeitet werden, ist Rechtsgrundlage Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO (lebenswichtiges Interesse; z.B. Vermeidung eines anaphylaktischen Schocks) sowie Art. 9 Abs. 2 lit. g, Abs. IV DSGVO i.V.m. nationalen Datenschutzvorschriften, z.B. Infektionsschutzgesetz (IFSG).

Empfänger der personenbezogenen Daten

Es erfolgt eine Offenlegung Ihrer im Rahmen des Antragsprozesses angegebenen personenbezogenen Daten gegenüber unserer Verwaltung, die Ihren Antrag bearbeitet. Soweit gesetzlich vorgesehen, werden personenbezogene Daten einschließlich Gesundheitsdaten an öffentliche Stellen, zum Beispiel das Gesundheitsamt oder kommunale Behörden weitergegeben. Eine Datenübermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen findet nicht statt.

Speicherung

Die Daten werden innerhalb der gesetzlichen Vorschriften nur so lange gespeichert, wie sie zur Erfüllung des Zweckes erforderlich sind und entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Löschfristen anzuwenden sind.

Beachten Sie, dass (historisch) bedeutsame Veröffentlichungen von Gemeinden, Landkreise und kommunalen Verbände unter bestimmten Voraussetzungen nach dem § 8 Abs. 1 Hessisches Archivgesetz (HArchivG) dem zuständigen öffentlichen Archiv anzubieten sind, sobald sie zur Erfüllung der Aufgaben der jeweiligen Stelle nicht mehr erforderlich sind. Durch die Übernahme in das öffentliche Archiv bekommen die Unterlagen den in § 2 Abs. 3 HArchivG definierten Status von öffentlichem Archivgut. Als solches sind sie dauernd aufzubewahren.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO zur Begründung, Erfüllung oder Durchführung der Geschäftsbeziehung sowie für vorvertragliche Maßnahmen. Für den Fall, dass wir zukünftig diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren bzw. Ihre Einwilligung einholen, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Folgende Rechte haben Sie als Betroffene:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), i. V. m. § 33 HDSIG
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO),
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO i. V. m. § 34 HDSIG) bzw. Einschränkung (Art. 18 DS-GVO, i. V. m. § 34 Abs. 2 HDSIG der Verarbeitung
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO, i. V. m. § 35 HDSIG)
- Recht auf Widerruf (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
- Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO),

Wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, besteht die Möglichkeit einer Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.

Die Kontaktdaten der für das Bundesland Hessen zuständigen Aufsichtsbehörde lauten wie folgt:

Der Hessische Beauftragte
für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden